statt, welche über den Gesetzentwurf, betreffend die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes berieth. Die Versammlung erklärte einstimmig ihre grundsätzliche Zustimmung zu dem Entwurfe. Wesentliche Bedenken wurden aber gegen die Fassung der §§. 1, 2 (Hervorrufung des Anscheins eines besonders günstigen Angebots) und 7 (Verrath von Betriebs- und Geschäfts-Geheimnissen) erhoben, welche letzteren nach Ansicht der Versammlung allerdings in verschiedenen Puncten einer Revision bedürfen, wenn sie in der Praxis nicht Schwierigkeiten für das redliche Gewerbe selbst hervorrufen sollen.

* **Bamberg**, 15. Januar. Die Sprechstunden des oberfränkischen Fabrik- und Gewerbe-Inspectors in Bamberg und Hof werden wieder aufgehoben, weil sie in beiden Städten bisher gar nicht besucht worden sind; dagegen soll nach Visitation der Fabriken und gewerblichen Anlagen den Betheiligten Gelegenheit gegeben werden, Rücksprache mit dem Fabrik-Inspector zu nehmen. (Allg. Ztg.)

* **Mannheim**, 15. Januar. Die Disciplin in der Socialdemokratie des ersten badischen Reichstagswahlkreises Mannheim-Weinheim-Schwetzingen scheint sich in der letzten Zeit sehr bedenklich gelockert zu haben, denn die Leitung der socialdemokratischen Partei unseres Wahlkreises, welche in den Händen des Herrn Dreesbach liegt, sieht sich veranlaßt, auf nächsten Sonntag einen Delegirtentag nach dem Orte Friedrichsfeld einzuberufen, um, wie es in der Einladung heißt, gegen die Gerüchte Stellung zu nehmen, als ob infolge der Beschlüsse des Frankfurter Parteitages und seiner Folgen ein tiefer Riß unter den Genossen des ersten badischen Reichstagswahlkreises entstanden sei und um einigen Schreiern — damit sind die Anhänger des Dr. Rüdt gemeint — endgiltig „das Maul zu stopfen", wie in der Einladung wörtlich in sehr geschmackvoller Weise gesagt wird. Referent über die Frankfurter Beschlüsse wird Herr Reichstagsabgeordneter Blos von Stuttgart sein. Also ein Maulkorb soll den Anhängern Rüdt's angelegt werden, andernfalls werden sie zweifellos aus der Partei gestoßen. Und solche Leute spielen sich dann als die Hüter der Freiheit der politischen Meinung auf! Durch die Fassung der Einladung documentirt Dreesbach wieder sein hervorragendes Talent zum Dictator der socialdemokratischen Partei. Ob sich die Anhänger des Dr. Rüdt eine derartige, jeder Freiheit der politischen Meinung Hohn sprechende Behandlung gefallen lassen werden, das ist eine andere Frage. (M. N. N.)

* **Geislingen**, 15. Januar. Für die Arbeiter der hiesigen württembergischen Metallwaarenfabrik hat der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Geh. Commerzienrath Siegle (der dem Aufsichtsrath der Fabrik angehört) eine Stiftung von 60 000 ℳ gemacht und die Zinsen hauptsächlich für erholungsbedürftige Arbeiter bestimmt.

Oesterreich-Ungarn.

* **Pest**, 16. Januar. (Telegramm.) Ein Handschreiben des Kaisers an Dr. Wekerle hebt die besonderen Verdienste desselben um die Befestigung des Gleichgewichts in dem Staatshaushalt hervor und versichert Dr. Wekerle der unveränderten Gnade des Kaisers. Die Minister v. Szilagyi, v. Lukacs und v. Hieronymi werden in Anerkennung ihrer mit unermüdlichem Eifer geleisteten ausgezeichneten Dienste ihrer Stellungen in Gnaden enthoben, ebenso Graf Andrassy und Baron Eötvös in Anerkennung ihrer treuen und eifrigen Dienste. (Wiederholt.)

Frankreich.

Die Präsidentschafts-Krise.

* **Paris**, 16. Januar. (Telegramm.) Die Nachricht von der Demission des Präsidenten Casimir-Perier verbreitete sich nach Schluß der Theater auf den Boulevards, stieß jedoch zuerst auf allgemeinen Unglauben, welchen erst die Note der „Agence Havas" zerstreute. Wie der „Matin" erzählt, war der Eindruck der Nachricht kein tiefer. Während sich sonst beim Bekanntwerden sensationeller Nachrichten discutirende Gruppen bilden, zerstreute sich diesmal die Menge trotz des milden Wetters rasch. In den politischen Kreisen rief die Nachricht eine Ueberraschung sonder Gleichen und aufrichtiges Bedauern hervor, da der Schritt Casimir-Perier's sofort als eine schwere Schädigung der Republik aufgefaßt wurde. Es wird darauf hingewiesen, daß Casimir-Perier bereits am 7. Januar eine lange Unterredung mit dem Präsidenten des Senats Challemel-Lacour hatte, deren Resultat eine energische Rede Challemel-Lacour's gegen die Revolutionairen gewesen. Auch noch Ausbruch der Ministerkrise war der Senatspräsident der Einzige, welchen Casimir-Perier consultirte, und man war auf entschiedene Maßnahmen gefaßt; man sprach von einem Ministerium des Widerstandes mit Waldeck-Rousseau, sogar von der Auflösung der Kammer. Die Verhaftung des socialistischen Deputirten Carnaud erregte unter den Parteigenossen große Aufregung, und als spät Abends der Polizeipräfect ins Elysée kam, wurden selbst Gerüchte von einem Staatsstreich laut. Verschiedene Blätter erzählen, Casimir-Perier habe bereits gestern Vormittag mehreren Ministern seinen Entschluß bekannt gegeben. Diese sowie der Präsident des Senats bemühten sich, ihn von seinem Entschluß abzubringen und hofften eine Zeit lang, er werde nachgeben. Um 10 Uhr Abends ließ der Präsident jedoch den Ministerpräsidenten Dupuy zu sich rufen und übergab ihm die Note, in der er seine Demission aussprach, damit er dieselbe den Präsidenten des Senats und der Kammer überreiche. — Die „Petite République", die an der Spitze des Blattes in fetten Lettern die Aufschrift „Casimir-Perier auf der Flucht" trägt, sagt, Brisson sei sehr erbittert darüber, daß Casimir-Perier ihn nicht consultirte.

* **Paris**, 16. Januar. (Telegramm.) Das „Journal officiel" veröffentlicht folgende Mittheilung: Der Präsident der Republik hat beschlossen, sein Amt niederzulegen, und ersucht die Minister, ihre Demission provisorisch zurückzuziehen, um die Uebergabe der Gewalten sicherzustellen.

* **Paris**, 16. Januar. (Telegramm.) Casimir-Perier empfing heute früh 10 Uhr Dupuy und die übrigen abtretenden Minister, welche ihm ihre hohe Verehrung für seine Person und das Bedauern über seinen Entschluß aussprachen, wofür ihnen Casimir-Perier lebhaft dankte. Die Unterredung war sehr herzlich und dauerte ¾ Stunde. Ein Officier des militairischen Hauses des Präsidenten überbrachte heute Morgen Dupuy dessen Demissionsschreiben, welches Dupuy sofort Challemel-Lacour und Brisson mittheilte. Diese werden das Schreiben heute Nachmittag im Senate und in der Kammer verlesen und die wahrscheinlich auf morgen erfolgende Berufung des Congresses nach Versailles anzeigen. Die Stadt Paris ist ganz ruhig.

* **Paris**, 16. Januar. (Telegramm.) Die Blätter erzählen, Casimir-Perier hätte bereits seit längerer Zeit, namentlich seit dem Tode des Kammerpräsidenten Burdeau, die Perspective seiner Demission ins Auge gefaßt. Die Angriffe gegen Raynal, der Minister des Innern im Cabinet Casimir-Perier war und ein Freund des Letzteren ist, erschienen dem Präsidenten als gegen ihn selbst gemünzt. Die Mutter des Präsidenten habe zu dem Entschlusse desselben, seine Demission zu geben, wesentlich beigetragen.

* **Paris**, 16. Januar. (Telegramm.) Ein Extrablatt der Zeitung „La Presse" deutet an, daß einzelne Abgeordnete den General Mercier für die Präsidentschaft aufstellen wollen (oh! D. Red.). Der Boulangist Millevoye erklärt in der „Patrie", Frankreich verlange einen Mann, gleichviel, ob Bürger oder Soldat, welcher angesichts des discreditirten Parlamentarismus dem Volke Vertrauen, Sicherheit und moralische Einheit wiedergebe.

* **Paris**, 16. Januar. (Telegramm.) In dem Manifest der Socialisten heißt es: Wir werden dem Präsidenten die Ehre anthun, seine Demission ernst zu nehmen, und wollen nicht glauben, daß er es neuerdings auf ein Votum des Congresses ankommen lassen werde; das wäre das lächerlichste Manöver und die albernste Berechnung, denn nichts kann ihm die verlorene Autorität wiedergeben. Solches Spiel wäre kindisch und verbrecherisch zugleich. Nein, wenn Casimir-Perier geht, so ist es für immer, er geht, gebeutet durch die Corruption des Regimes, dessen Chef er war; er geht auch, besiegt durch die niedrigsten Intriguen seines Ministerpräsidenten.(?) Der Zusammenbruch Perier's kündigt den vorbereiteten Zusammenbruch des Capitalismus und der Reaction an. Bleiben wir einig, Bürger, thatkräftig und aufrecht! Die letzte höchste Entscheidung ist vielleicht nahe. (Wiederholt.)

* **Petersburg**, 16. Januar. (Telegramm.) Bei Besprechung der französischen Ministerkrisis hebt das „Journal de St. Pétersbourg" hervor, die Krisis, welche so plötzlich und bei einer Frage, die Nichts mit der Politik zu schaffen hatte, eintrat, sei eben so unerwünscht wie unerwartet. Die erste Folge werde eine Verzögerung des legislativen Werkes sein, zu dessen eifrigster und möglichst schleuniger Behandlung die Präsidenten des Senats und der Deputirtenkammer in ihren jüngsten Reden auf das Eindringlichste aufgefordert hätten.

* **London**, 16. Januar. (Telegramm.) Die heutigen Morgenblätter urtheilen sehr abfällig über den Rücktritt Casimir-Perier's. Die „Times" sagen, eine solche Handlung sei wohl die eines starken Mannes, aber nicht die eines wahren Vaterlandsfreundes. Der „Standard" schreibt: Die „Grande Nation" biete der Welt ein klägliches Schauspiel; es sei kein Mann vorhanden, um Frankreich aus dem gefahrvollen Morast, in den es hineingefallen, herauszuziehen. Die „Morning Post" meint, die französische Republik bedürfe eines militairischen Herrschers vom Schlage Bismarck's oder Gurko's. (Magdb. Ztg.)

Belgien.

* **Brüssel**, 15. Januar. Der Generalrath der Arbeiterpartei veröffentlicht einen Aufruf an die Arbeitervereine, der zur Veranstaltung einer revolutionairen Bewegung auffordert, falls die Verwerfung des allgemeinen Stimmrechtes für die Gemeindewahlen stattfinden sollte. Der Aufruf erklärt, die Arbeiter würden vor der Anwendung von Gewalt nicht zurückschrecken. — Die demokratische Gruppe der klerikalen Kammermehrheit beschloß, den Congovertrag abzulehnen.

Großbritannien.

* **Glasgow**, 16. Januar. (Telegramm.) Während einer gestern Nacht abgehaltenen öffentlichen Versammlung wurde der Herzog von Argyll plötzlich von einer Ohnmacht befallen. Das Bewußtsein kehrte bald zurück, der Zustand wurde jedoch später kritisch, sodaß der Herzog nach dem Hause Lord Kolvilles gebracht werden mußte.

Orient.

* **Belgrad**, 16. Januar. (Telegramm.) Der Justizminister versprach einer radicalen Abordnung, dem Könige die Begnadigung der im Cebinaprocesse Verurtheilten vorzuschlagen.

* **Sofia**, 16. Januar. (Telegramm.) Ein Rundschreiben des Ministeriums an die Präfecten stellt den Erlaß eines Haftbefehls gegen Stambulow, sowie das Eintreten diplomatischer Agenten zu seinen Gunsten in Abrede. Die Regierung werde sich nicht in die Justiz mischen und halte es auch nicht für ihre Pflicht, Haftbefehle gegen wen immer zu verhindern. Die Präfecten mögen daher die Bevölkerung beruhigen, damit keine Versammlungen stattfinden, um den fremden Agenten zu danken oder gegen deren Einmischung zu protestiren. — Die österreichische Regierung erhob Einspruch gegen die Ausführung des Accisegesetzes, das gestern im Amtsblatt veröffentlicht wurde. (Magdeb. Ztg.)

Asien.

* **Tokio**, 30. November. Die „Yorodz Chobo", die verbreitetste japanische Zeitung, bringt nachstehenden Artikel, welcher der wirkliche Ausdruck der gegenwärtigen Stimmung der ganzen Presse und des Volkes ist. Er lautet:

„Von besonderem Interesse ist uns die Haltung der europäischen Mächte in diesem Krieg. Natürlich ist unsere künftige Stellung zu ihnen abhängig von ihrem jetzigen Benehmen gegen uns, und so wie wir des jetzt erfahrenen Bösen nicht vergessen sollten, so sollten wir uns auch dankbar an die Handlungen einer Macht oder von Mächten erinnern, die moralisch zu unserm Erfolg in diesem ernsten Unternehmen beitrugen. Deutschland ist eine dieser Mächte. In der That ist Deutschlands diplomatisches Vorgehen, so weit es der Welt bekannt ist, für uns eine Quelle hoher Befriedigung, und lebhaft erinnert es uns an Deutschlands moralische Größe, welche die Grundlage für eine führende Nation bildet. Deutschlands Weigerung, sich an dem vorgeschlagenen Einschreiten der Mächte zu betheiligen — wenn auch die russische Presse angehalten ist — ist von ungeheurer Bedeutung. Wenn später die Sache einmal wirklich ans Tageslicht kommt, so kann es sich herausstellen, daß Deutschlands Vorgehen einem Plan ein Ende machte, der leicht zu einem Länderraub in riesigem Maßstabe durch Zerstückelung Chinas, d. Uebers.) und zu kaltblütiger Vernichtung von Leben und Eigenthum Vieler hätte führen können. Durch seine Weigerung gewinnt Deutschland ein größeres Ansehen im fernen Osten. Sein Vorgehen, im Verein mit seiner militairischen Größe, und als ein Zeichen seines moralischen Bewußtseins erfüllt uns mit Bewunderung. Unsere Gefühle beruhen natürlich mehr auf dieser letzteren Eigenschaft. Sie zwingt uns, eine solche Macht willkommen zu heißen und ihren wachsenden Einfluß freudig zu begrüßen. Abgesehen von der unmittelbaren Frage des Krieges müssen wir jene Macht hochschätzen wegen ihrer wissenschaftlichen Größe. Denn ohne Dr. Koch würde z. B. Dr. Kitazato (der Entdecker des Pestbacillus) nicht möglich sein. . . . Wir könnten viele Beispiele beibringen, wie sich unsere Studenten und Gelehrten durch ihre Verbindung mit deutscher Gelehrsamkeit ausgezeichneten. Deutschland findet immer eine dankbare Stelle in dem Gedächtniß Japans. Unsere Bemerkungen sind unvollständig, wenn wir nicht Bezug nehmen auf die deutsche Presse. Ihr Ton war durchaus angemessen und von Anfang des Feldzugs bis heute freundlich gegen Japan. Je größer eine Macht, desto größer die Verpflichtungen, die sie gegen sich selbst hat, und da die Presse die einzige zuverlässige Quelle ist, aus der wir erfahren, wie eine Nation über ihre Pflichten denkt, so betrachten wir die Haltung der deutschen Presse als den wirklichen Ausdruck der kaiserlichen Politik. Auch die Deutschen im einzelnen haben ein sympathisches Interesse gezeigt, von dem wir mit Freuden Kenntniß nehmen. Noch einmal entbieten wir den Deutschen ein herzliches Willkommen und hoffen aufrichtig, daß unsere gegenseitigen Beziehungen im freundnachbarlichen und persönlichen Verkehr sich immer enger gestalten." (K. Ztg.)

* Wie gemeldet, ist der Mechtar (Fürst) von Tschitral in Nord-Indien, Nizam-el-Mulk, von einem jüngeren Bruder ermordet worden. Ueber diesen dynastischen Mord schreibt der bekannte englische Capitain Younghusband, welcher früher politischer Beamter in Tschitral gewesen, Nachstehendes:

Der verstorbene indische Fürst war ein aufgeklärter Mann. Er hatte mehr als einmal Indien besucht und kannte deshalb die Macht des britischen Reiches. Er war den Briten, von denen er seinen Thron hatte, dankbar. Erst vor zwei Jahren setzte ihn Oberst Durand ein. Dem Morde liegt wahrscheinlich keine weitverbreitete Verschwörung zu Grunde. In Tschitral kommt es häufig vor, daß ein Bruder den andern ermordet. In dieser Woche haben ein halbes Dutzend von den Brüdern des verstorbenen Mechtar ihr Ende gefunden. In den letzten 22 Jahren hat Tschitral vier verschiedene Herrscher gehabt. Amir-ul-Mulk, der sich jetzt die Herrschaft über Tschitral angemaßt hat, ist ein junger Mann von 19 Jahren. Sein von ihm ermordeter Bruder war 35 Jahre alt. Der neue Gewalthaber ist ein schwächlicher Charakter und besitzt wenig Einsicht und Erfahrung.

Als Kronprätendent wird ein gegenwärtig in Kabul befindlicher Onkel des Ermordeten bezeichnet.

Amerika.

* **Washington**, 16. Januar. (Telegramm.) Bei Berathung seiner Vorlagen, betreffend die Aufhebung des Differentialtarifs für Zucker, welcher aus Zuckerprämien zahlenden Ländern kommt, hob Wilson im Repräsentantenhause hervor, der Differentialzoll verletze die Meistbegünstigungsclausel und die Verträge, welche zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland, Oesterreich-Ungarn und anderen Ländern bestünden. Das deutsche Verbot gegen die Einfuhr amerikanischen Fleisches sei, wie er behaupte, durch den Differentialtarif veranlaßt und habe die Handelsinteressen der Union bereits schwer geschädigt. Die republikanischen Ausschußmitglieder bekämpften die Vorlage, indem sie geltend machten, es würde ein schlechter Präcedenzfall geschaffen werden, wenn man die Gesetzgebung der Union durch Drohungen des Auslandes beeinflussen lasse. — Die im Hause eingebrachte sogenannte Sundry civil bill enthält keine Geldbewilligung für die weitere Wahrnehmung von Unionsinteressen auf Samoa. Die Beamten des Staatsdepartements meinen, die Union sei vertragsmäßig verpflichtet, ein Drittel zu den Kosten der Verwaltung von Samoa beizutragen. Dafern die Union ihren Verbindlichkeiten nicht nachkomme, könnten England und Deutschland den Vertrag als aufgehoben betrachten, falls dies in ihrem Belieben läge.

Militair und Marine.

Oesterreich-Ungarn. Eine Landsturm-Schützenschule, wie eine solche schon im Winter 1893/94 bestanden hat, ist am 1. December 1894 zum zweiten Male durch den Wiener Schützenverein eröffnet worden. Zweck der Schule ist, die Theilnehmer an Unterrichte, meist junge Männer im Alter von 18 bis zu 21 Jahren, mit der Theorie des Schießens bekannt zu machen, ihnen Gewehr-Kraftübungen und die Gewehrgriffe zu lehren und sie im praktischen Schießen auszubilden. Es geschieht dies unter Aufsicht der Armee-Schießschule durch Unterofficiere. Die dem Unterrichte zu Grunde gelegte Waffe ist das Ordonnanzgewehr. Die Schule währt sechs Monate. Die Schüler gehören meist den Mittelschulen, der Kunstgewerbeschule, der Hochschule für Bodencultur, dem Beamten- und Compositionsstande an. Das Ziel, welches der Wiener Schützenverein bei Errichtung der Schule verfolgt, ist neben den oben gekennzeichneten der, die Schüler an Disciplin, Unterordnung und an militairische Formen zu gewöhnen, sowie in ihnen den Geist der Liebe und Treue für Kaiser und Vaterland zu pflegen. Brünn, Krems und Pest wollen das Beispiel der Reichshauptstadt nachahmen und ähnliche Einrichtungen treffen.

Frankreich. Die Leitung der Vertheidigungsanstalten und Einrichtungen in den Colonien ist seit dem 1. Januar 1895 einer ausschließlich militairischen Behörde übertragen worden, indem bestimmt wurde, daß die zuständige Direction im Ministerium für die Colonien nur aus Militairpersonen bestehen und kein bürgerlicher Beamter ihr angehören soll. — Das Geschoßfuchen, welches nach den bisher geltenden Bestimmungen durch die mit Handfeuerwaffen schießende Truppe jedesmal nach beendeter Uebung vorzunehmen war, hat sich in Gemäßheit einer Verfügung des Kriegsministers in Zukunft, weil ein gründliches Suchen bei der großen Durchschlagskraft der im Gebrauche befindlichen Gewehre ein tiefes Eindringen in den Erdboden erfordert und den Bestand der Kugelfänge gefährdet, auf das Sammeln der auf der Erdoberfläche gebliebenen Geschosse zu beschränken. Das Suchen nach den übrigen hat zu erfolgen, wenn die Kugelfänge ausgebessert werden. — Der großen Zahl von Vereinen, welche in Paris die militairische Rad- und Fortbildung der Angehörigen bürgerlicher Kreise verfolgen, gewähren die städtischen Behörden Beiträge, welche sich für das Jahr 1895 auf 23 720 Frcs. belaufen. Die Zahl der Vereine, welche daran theilnehmen, ist 38; den höchsten Betrag erhält mit 3500 Frcs. eine Geschütz-Schießgesellschaft, der geringste ist 200 Frcs.

Schweiz. Als „Sicherheitsbesatzung für die Vertheidigung des Gotthard" sind laut Beschluß des Bundesrathes in Zukunft zu bezeichnen: An Infanterie die Füsilierbataillone Nr. 47 und 87 (Auszug und Landwehr), die Landwehrregimenter Nr. 14 und Nr. 29, das Landwehr-Schützenbataillon Nr. 4; an Artillerie die Positions-Artillerieabtheilung Nr. 4, die Landwehr-Feldbatterie Nr. 3; an Genietruppen die Sappeurcompagnien Nr. 4, Nr. 6, Nr. 8, die Pionircompagnien Nr. 4, Nr. 6, Nr. 8 (sämmtlich Landwehr). — Der Unterricht der genannten Truppentheile, einschließlich des der Recruten, findet im Gebiete der Gotthardbefestigung statt.

Aus der Landeskirche.

Erledigte geistliche Stellen.

1. Collatur des ev.-lutherischen Landesconsistoriums.

Pfarramt Nieska mit Naundorf (Großenhain) — Cl. I. — Seelenzahl der Parochie: 600.

2. Privatcollaturen:

Pfarramt Lobstädt (Borna) — Cl. V. — Collatoren: Gebrüder Schädel auf Lobstädt. Seelenzahl: 900; Pfarramt Prießnitz mit Elbisbach (Borna) — Cl. IV. — Collator: Kammerherr von Einsiedel auf Prießnitz. Seelenzahl: 918; 1. Diakonat Crimmitschau (Werdau) — Cl. III. — Collator der Stadtrath daselbst. Seelenzahl: 26 000; Diakonat Oelsnitz i. Erzgeb. (Stollberg) — Cl. I. — Collator: Rittergutsherrschaft daselbst. Seelenzahl: 10 300; Pfarramt Königshain (Rochlitz) — Cl. I. — Collator: Se. Erlaucht Graf Carl von Schönburg-Wechselburg. Seelenzahl: 1416.

Neu angestellt oder in besser dotirte Aemter befördert wurden in den letzten vier Wochen 12 Geistliche, darunter 1 Pfarrer, 3 Diakonen, 1 Anstaltsgeistlicher, 7 Vicare, Hilfsgeistliche und Predigtamtscandidaten. Bedenkt man nun, daß im Jahre 1893 allein je 72 Candidaten in Leipzig und Dresden geprüft worden sind, daß ferner aus den Jahren 1891 und 1892 noch viele junge wahlfähige Geistliche der Anstellung in kirchlichen Aemtern harren, so möchte man doch jedem jungen Manne, welcher zu Ostern d. J. mit der Absicht, Theologie zu studiren, die Universität beziehen will, die ernste Frage vorlegen, ob sein Lebensmuth und seine materiellen Mittel ausreichen werden, Jahre hindurch auf ein ständiges Amt mit nur einigermaßen sicheren Aussichten zu warten, oder ob er es unter diesen so ungünstigen Aussichten nicht lieber vorziehen möchte, sich einem Berufe zu widmen, der ihn früher ins Brod führt!

Die oberste Kirchenbehörde hat auch im letzten Halbjahr 1894 an solche Männer, welche sich um die Kirche und das kirchliche Leben in ihren Gemeinden besonders verdient gemacht haben, Anerkennungs-Urkunden verliehen, und zwar an den Gemeindevorstand Föbel in Erlau, den Webermeister Fankhänel in Stollberg, den Privatmann Mannsberger in Breitenbrunn, die Schuhmachermeister Frister und Herrmann in Rodewisch, die Cantorei-Mitglieder Backer und Striebner in Thum, sowie Katechet in Sebnitz, den Musikdirector Matthes in Altgersdorf, den Kirchencassenverwalter Meyer in Hartmannsdorf, den Hausmann-Jäger und Kirchvater Steglich in Großröhrsdorf und den Webermeister Kirchner in Hohenstein. Diese Urkunden sind den Vorgenannten durch ihre Geistlichen feierlich ausgehändigt worden.

Verein deutscher Studenten.

-g- **Leipzig**, 16. Januar. Gestern Abend veranstaltete der Verein deutscher Studenten im Krystallpalast eine zahlreich von den Commilitonen besuchte Versammlung, die vom Vorsitzenden des Vereins, Herrn stud. jur. Hörtrich, gegen ½9 Uhr mit einer Begrüßung der zahlreich erschienenen Commilitonen eröffnet wurde.

Den Vortrag des Abends hatte sich in liebenswürdigster Weise Herr Geheimer Hofrath Professor Dr. von Miaskowski zu halten erboten. Der hochgeschätzte akademische Lehrer führte in seinem von Anfang bis zum Schlusse fesselnden Vortrage unter Anderem das Folgende aus:

Die ländliche Colonisation des deutschen Nordostens vollzog sich in drei großen Zeiträumen. Die erste Periode reicht vom Jahre 1000 bis 1400, die zweite vom Schluß des dreißigjährigen Krieges bis 1800 und die dritte Periode füllt unser Jahrhundert aus. In der frühesten Zeit war das Land zwischen Elbe und Weichsel von ostgermanischen Stämmen bewohnt. Später traten slawische Völkerschaften an ihre Stelle, die sich ungefähr bis zum 10. Jahrhundert dort erhielten. Sie lagen in beständiger Fehde mit den deutschen Königen, die auf die Gewinnung dieser östlichen Gegenden sehr bedacht waren. Nach vielen Kämpfen endlich faßten die Deutschen festen Fuß und es begann die Germanisirung der rohen Slawenstämme. Franken von Niederrhein, Niedersachsen, Thüringer, Friesen lassen sich hier als Colonisten nieder. Vermittler, sogenannte Locatoren, übernehmen die Arbeit der Ansiedelung. Sie erhalten für ihre Mühewaltung als Entschädigung in der Regel das Schulzenamt. Auch den Bauern werden gewisse Privilegien zugesagt, so daß sie zu einer sicheren Existenz kommen.

Dann kam die Zeit der Reformation und die unglückliche Zeit nach der Reformation. Das ist eine Zeit der Reaction: Der frühere freie Bauer wird jetzt durch einen grundherrlichen Adel stark in den Hintergrund gedrängt. Zunächst verliert der Bauer das Recht der Freizügigkeit, sodann macht sich ein energisches Vordringen des Katholicismus bemerkbar, der die Bauern zu mannigfachen Abgaben nöthigt; endlich ist die Reaction antideutsch. Die Bevölkerung erfährt namentlich in Polen von slawischen Herrschern harte Bedrängung. Die deutschen Fürsten des Ostens, besonders die Hohenzollern waren es, bei denen die Bevölkerung Schutz fand. Sie nahmen das Werk der Colonisation von Neuem in die Hand und betrieben es eifrig. Insbesondere der Große Kurfürst nahm die Bedrängten liebevoll auf, die aus der Pfalz, aus Frankreich, aus der Schweiz u. s. f. waren und die zum Theil auf deutschen, zum Theil auf nichtdeutschen Ursprung zurückblickten. Das Ergebniß dieser Colonisation war eine gewaltige Hebung Ostpreußens, dessen Bevölkerung nicht unerheblich zunahm.

Auch in unserem Jahrhundert ist colonisirt worden. Aber erst in den 40er Jahren trat die Ansiedelung in ein neues Stadium. In der Zeit des aufblühenden Handels und Gewerbes fehlte es in den östlichen Gegenden an Arbeitern. Die Sachsengängerei war recht Mode geworden. Die Grundbesitzer halfen sich mit russisch-polnischen Fremdlingen, was die Regierung veranlaßte, ein Verbot gegen die Einwanderungen dieser Leute auszusprechen. Im Jahre 1885 erfolgte durch Gesetz die theilweise Ausweisung der Polen. Schließlich kam der Redner auf das Ansiedlungsgesetz vom Jahre 1886, das der deutschen Landwirthschaft im Nordosten sehr zu Statten kommt. Bekanntlich kauft zur Förderung der Ansiedlung eine in Posen niedergesetzte Commission im Auftrage des Staates in Posen und Westpreußen große Güter an, die in eine Anzahl kleinerer Güter zerlegt und dann den deutschen Kleinbauern zur Bewirthschaftung überlassen werden. An das Gesetz von 1886 knüpfen sich zwei neue Gesetze, die die frühere Gesetzgebung theilweise umgestalten.

Die eingehende Behandlung des hier nur kurz skizzirten Vortrages des hochgeschätzten Docenten fand den lebhaftesten Beifall, dem der Vorsitzende in herzlichen Dankesworten noch besonderen Ausdruck verlieh.

Nach dem Vortrag fand ein fröhlicher Commers statt, der die Commilitonen noch für längere Zeit beisammen hielt.

Gerichtsverhandlungen.

Königliches Landgericht.

Strafkammer III.

O. **Leipzig**, 16. Januar. Selten wohl ist Betrügern von Geschäftsleuten eine größere Vertrauensseligkeit entgegengebracht worden, als in einem Falle, welcher der hiesigen Strafkammer III zur Aburtheilung vorlag. Im Gefängniß zu Halle, wo der am 2. October 1873 in Halle geborene Handlungsgehülfe Bruno Franz Otto Lingner bis zum 26. December 1893 eine kurze Freiheitsstrafe verbüßte, lernte Lingner den am 5. April 1860 in Sterlitz geborenen mehrfach vorbestraften Kaufmann David Müller kennen, den man wegen Betrugs wiederum in Haft gebracht hatte. Die Freundschaft konnte indessen nicht sogleich gepflegt werden, denn Müller hatte zunächst noch bis zum 16. Januar zu sitzen. Nach seiner Entlassung aus dem Gefängniß kehrte er aber sofort Halle, dessen Gastlichkeit ihm keineswegs behagte, den Rücken und wandte sich nach Erfurt. Aber auch hier war man von der Person Müller's so eingenommen, daß man ihn 3 Monate lang festhielt, allerdings hinter Schloß und Riegel, da vom Gerichtshof seine geschickten Handelsgeschäfte als Betrug angesehen worden waren. Am 6. Mai waren aber auch diese drei Monate schließlich vorübergegangen und Müller erfreute sich wieder einmal der Freiheit. Mit Rücksicht auf die gemachten Erfahrungen beschloß er, sich nach Sachsen zu wenden, um, wie er hoffte, hier seine geschäftlichen Kenntnisse nach seiner Weise weiter verwerthen zu können. Unterwegs suchte er in Halle seinen Freund Lingner auf, der sich natürlich sofort bereit erklärte, in Leipzig an dem Geschäft Theil zu nehmen. In der Tauchaer Straße miethete sie sich im Juni zusammen ein Logis in einem Hinterhause. Geschäftscapital hatte weder Müller noch Lingner, sie suchten sich daher erst solches zu verschaffen, natürlich durch Betrug. Es wurde von ihnen ein Inserat erlassen, nach welchem eine große Fabrik einen jungen Mann bei hohem Gehalt suchte. Empfangsschreiben waren unter Beifügung von 20 ₰ in Briefmarken unter der angegebenen Chiffre-Adresse niederzulegen. Es gingen auch 12 Briefe ein, von denen aber nur 10 die Hauptsache — die Briefmarken — enthielten.

Müller, der früher die Vertretung einer Berliner Versicherung, später aber diejenige einer Cognacfabrik in Cognac (Charente) und eine solche einer Branntweinfabrik in Nordhausen gehabt und reiche Geschäftskenntnisse gesammelt hatte, war aber nicht entmuthigt, sondern wurde durch diesen Mißerfolg erst recht zu weiterem Vorgehen veranlaßt. Die neue Gründung erschien unter zwei Firmen als: D. Müller, Agentur, Commission, Import und Export, wie als: D. Müller, Posamenten, Galanterie und Holzwaaren. En gros, en détail. Von den letzten Rest der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel wurden zwei auf diese Firmen lautende Stempel gekauft und dann gings ans Bestellungen schreiben. Der Billigkeit halber benutzte man hierfür Postkarten, die mit dem Firmastempel versehen, von Lingner geschrieben, von Müller aber unterschrieben wurden. Da man sich auch einen Stempel „Copiert" angekauft hatte und diesen stets gebrauchte, so mußte die Postkarte den Anschein erwecken, als ob dieselbe von einem größeren Geschäftshause herrühre. Um die Adressen zu erlangen, kauften sich die beiden Betrüger noch ein Weißadreßbuch. In der Auswahl der bestellten Gegenstände hielten sie sich nicht an ihre Firmenbezeichnung. Neben Brochen und Ohrringen, Hemden und Spitzen finden wir daher in ihren Bestellkarten Aufträge auf Knöpfe, Gummiwaaren, Schlüsselbeln, Lederwaaren, Rückinger, Taschenmesser, wollene Röcke, Strickwolle u. s. w. Die Geschäftsverbindungen der Schwindelfirma erstreckten sich über ganz Deutschland. In Berlin, Hamburg, Heimstädt, Kreuznach, Solingen, Bauben, Neumünster, Trenes, Aachen 2c. wohnen geschädigte Lieferanten, ja selbst mit einer Londoner Firma hat Müller durch deren Berliner Vertreter anzuknüpfen gewußt. Nicht weniger als zwanzig solcher Bestellungen, bei denen die Schwindelfirma Zahlung nach Empfang in Aussicht stellte, obwohl sie dazu gar nicht im Stande und auch nicht Willens war, sind in der Zeit vom Juni bis August vorigen Jahres gemacht worden und in 18 Fällen haben Müller und Lingner auch die bestellten Waaren erhalten zum Kaufpreis von 10 ℳ bis zu 328 ℳ 20 ₰. Der Gesammtwerth der durch Betrug erlangten Sendungen, soweit die Geschädigten Anzeige bei der Polizei erstattet haben, bez. diese Kenntniß davon erlangt hat, beläuft sich auf 957 ℳ 59 ₰. Natürlich wurden die Waaren sofort an Händler und Private weiter veräußert zu einem Preis, der gewöhnlich noch beträchtlich unter dem ihnen von den Lieferanten gestellten Facturen-Preis zurückblieb. In zwei Fällen, in denen es sich um Posten von 105 ℳ und 192 ℳ 68 ₰ handelte, blieben die Betrügereien ohne Erfolg und wurden die Waaren nicht geliefert. In dem einen Falle war aber die betreffende Firma den Schwindlern schon zum Opfer gefallen, vor Ausführung der zweiten Lieferung erhielt sie aber durch die Speditionsfirma, welche die erste Sendung gefahren hatte, die Nachricht, daß die Firma D. Müller ihre Geschäftsräume im Hofe 3 Treppen in einem Garçonlogis und man es augenscheinlich mit Schwindlern zu thun habe. Natürlich sah nach dieser Mittheilung die Firma von der Ausführung dieser Bestellung ab.

Lingner ist augenscheinlich der Ueberzeugung gewesen, daß das Schwindelgeschäft nicht von langer Dauer sein könnte und hat sich bei Zeiten nach einer anderen Stellung umgesehen. Er hat auch eine solche in Berlin gefunden und am 16. August angetreten. Müller führte indessen das Geschäft auf eigene Rechnung und Gefahr weiter, konnte es doch im Logis bleiben, da die fällige Miethe von 16 ℳ durch Ueberlassung eines größeren Waarenpostens gedeckt war. Von den aufgegebenen sechs Bestellungen waren allerdings die meisten (vier), bei denen es sich um Waaren im Werthe von 700 ℳ 80 ₰ handelte, erfolglos, in zwei Fällen erlangte er aber doch die gewünschten Waaren zum Preise von 305 ℳ 90 ₰. Die eine der Sendungen — eine größere Collection Schlüsselbeln — konnte er allerdings nicht mehr verwerthen, da er bereits am Tage nach Eintreffen derselben in Haft genommen wurde. Kurz darauf wurde auch sein stiller Compagnon in Berlin gefänglich eingezogen. In der Hauptverhandlung legten sie ein ziemlich umfassendes Geständniß ab. Wenn der Gerichtshof bei Müller, bei welchem nach dessen Vorstrafen die Rückfallsbestimmungen in Frage kamen, mildernde Umstände zubilligte, so geschah dies nur im Hinblick auf die Leichtgläubigkeit und Vertrauensseligkeit der Betrüschen. Mit Rücksicht auf die gemeingefährliche und geradezu gewerbsmäßige Handlungsweise wurde Müller zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängniß und 3 Jahren Ehrverlust, Lingner zu 8 Monaten Gefängniß verurtheilt. Von der erlittenen Untersuchungshaft kamen bei Müller 3 Monate, bei Lingner 2 Monate auf die erkannte Strafe in Anrechnung.